

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
204 · Ausgabe CH · Januar 2023  
AZB 3001 Bern · Post CH AG



SERVICE PUBLIC

# Wir stärken, was die Schweiz stark macht

## WIR ERGREIFEN PARTEI IN DER BEHINDERTENPOLITIK

Warum die Lancierung der Inklusionsinitiative wichtig und richtig ist.  
Seite 7

## MERCI, SIMONETTA!

Nadine Masshardt, Nationalrätin und Vizepräsidentin der Bundeshausfraktion, findet die richtigen Worte, um Simonetta Sommaruga in einer persönlichen Würdigung zu verabschieden. Seite 9

Liebe Leserin, lieber Leser,  
alle dazwischen und darüber hinaus



Der Service public prägt unseren Alltag. Dank Zug und Bus können wir unsere Kinder in die Kita bringen und zur Arbeit fahren, wo wir das Postfach leeren oder mithilfe einer stabilen Netzverbindung auf unsere Mails zugreifen. Und ohne funktionierenden Zahlungsverkehr stünde die Arbeitswelt innert Kürze still. Grundsätzlich gilt: Ohne Service public geht gar nichts. Wir fahren mit dem Zug in die Ferien und schicken Postkarten an unsere Grossmutter.

Der Service public prägt jedoch nicht nur unseren privaten wie auch beruflichen Alltag. Er prägt auch das Geschäft der Unternehmen. Denn die Firmen profitieren auf der ganzen Linie von den Leistungen des Service public. Dieser fungiert auch als der Kitt der Gesellschaft. Dass dies alles nicht gratis zu haben ist, ist sonnenklar. Private wie auch Unternehmen zahlen ihren Beitrag für einen funktionierenden Service public über Gebühren und Steuern.

Doch derzeit heisst es einmal mehr: Die Gewinne privat, die Kosten dem Staat. Die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat will ausgerechnet für die Skandalbranche der Rohstoffhändler ein neues Steuerschlupfloch schaffen: die Tonnage Tax (mehr dazu am Parteitag oder vorerst auf Seite 6). Da halten wir dagegen und ergreifen notfalls das Referendum. Im Zentrum des Parteitags stehen zudem die Themen Kaufkraft, Mieten und Renten, wozu die Delegierten ebenfalls Richtungsentscheide fällen können. Diskutiere am Parteitag am 25. Februar mit – noch kannst du dich anmelden.

Bis hoffentlich bald & mit solidarischen Grüßen, eure  
*Pia Wildberger*

## INDISKRETIONEN, MEDIEN UND POLITIK



In ihrem wöchentlichen Podcast – auch als Video zu abonnieren – berichten Mattea Meyer und Cédric Wermuth aus dem Bundesberner Politgeschehen vor und hinter den Kulissen. Sie diskutieren über die wichtigsten Themen der vergangenen Woche und bringen auf den Punkt, wo aus sozialdemokratischer Sicht «der Hund begraben liegt» – transparent und fadegrad. Wir freuen uns, wenn du reinhörst.



## INHALT

- 4 **Service Public: Wir stärken, was die Schweiz stark macht**  
Warum das Thema im Wahlkampf wichtig ist
- 6 **Ein neues Steuerschlupfloch namens «Tonnage Tax»?**  
Die Bürgerlichen wollen ausgerechnet für die Skandalbranche der Rohstoffhändler Steuerschlupflöcher schaffen
- 7 **Die Migros unter Druck**  
Wer bei Socar tankt, finanziert direkt das Regime in Aserbaidschan
- 7 **Inklusion konkret**  
Wir ergreifen Partei für die Behindertenpolitik
- 8 **Neuerungen im Erbrecht bieten mehr Freiheiten**
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **Heute hier, morgen dort**  
Zum 100jährigen Jubiläum der Roten Falken erzählen Jugendliche, was bei der linken «Pfadi» läuft
- 14 **Themenkommissionen: Eine Anleitung zum Mitmachen**
- 15 **Für mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit**  
Die SP Schweiz und ihre koso-varische Schwesterpartei unterzeichneten eine Absichtserklärung
- 16 **Kochen fürs Klima: Kein Foodwaste mehr!**  
Beim Gemüse zählen die inneren Werte, nicht das Aussehen
- 18 **5 Fragen an Neumitglied Sara Gilli, die für den Luzerner Kantonsrat kandidiert**
- 19 **Anlässe der SP Schweiz, von Movendo und von der Anny-Klawa-Morf-Stiftung**



## Von Altdorf nach Lützerath

**Wie kommt es, dass Chiara Gisler (25), JusO-Mitglied aus Altdorf (UR), im deutschen Lützerath gegen den Kohleabbau demonstriert?**

### Weshalb hast du dich dem deutschen Protest angeschlossen?

Chiara Gisler: Die Klimakrise ist global. Da kommt es nicht auf den Ort des Protests an. Es geht darum, dass man das weltweite System kritisiert und Klimabewegungen überall auf der Welt mitunterstützt. Lützerath war ein Momentum, hat einen Nerv getroffen und viel Aufmerksamkeit auch ausserhalb Deutschlands auf sich gezogen. Es ist aber auch ein Privileg, sich die Zeit für eine Woche in Lützerath nehmen zu können.

### Musstest du dafür Ferien nehmen?

Ich stecke momentan zwischen zwei Jobs. Kürzlich bin ich aus Griechenland zurückgekommen, wo ich mit geflüchteten Menschen zusammengearbeitet habe. Im Februar geht mein Masterstudium in Geschichte und Geografie weiter. Darum musste ich nicht extra frei nehmen.

### Wie war die Stimmung im «Unser aller Camp»?

Je nach Tagesordnung war die Stimmung unterschiedlich. Einerseits war es sehr motivierend, weil wir alle dasselbe Anliegen teilen. Das war superschön, trotz des miserablen Wetters und der Temperaturen. Gleichzeitig war es auch ernüchternd zu sehen, wie entschlossen die Regierung, die Polizei und der Energiekonzern RWE gegen friedliche Demonstrant:innen vorgingen und ihre Interessen auf Kosten unserer Lebensgrundlage durchboxen.

### Wurdest du von der Polizei weggetragen?

Nur die Demonstrierenden, die bereits mehrere Tage vor der Grossdemonstration in Lützerath waren und sich dafür entschieden haben dort zu bleiben, wurden später geräumt. An der Grossdemo ging die Polizei bereits vor dem Durchbrechen der Abschränkungen hart gegen die Protestierenden vor, mit Tränengas und Wasserwerfern.

### Hast du den Tunnel gesehen?

Leider nein.

### Wie geht es jetzt weiter?

Es sind immer noch mehrere hundert Menschen dort, die nicht bereit sind, das Camp aufzugeben, und so das zum Widerstandssymbol gewordene «Lützi» am Leben erhalten. Sie kämpfen weiter für Klimagerechtigkeit und tun dies mit friedlichem Widerstand. Wenn es um unsere Lebensgrundlage geht, können wir keine Kompromisse mehr eingehen.

In der Heftmitte findest du eine Unterschriftenkarte für die Zukunftsinitiative der JusO, die sich für eine gerechte Finanzierung der notwendigen Klimamassnahmen einsetzt. Unterschreibe noch heute und bitte auch deine Nachbar:innen um eine Unterschrift.



## Wir ergreifen Partei für die Zukunft

Wir ergreifen Partei und sammeln für die Zukunft – wir investieren in Kitas, Energie und Klima. Derzeit setzen wir uns mit zwei Initiativen für eine lebenswerte Zukunft ein: Mit der Kita-Initiative sorgen wir für mehr Gleichstellung und bessere Arbeitsbedingungen in den Kitas. Mit der Klimafonds-Initiative stellen wir unsere Gesellschaft auf erneuerbare Energien um und sichern uns genügend Strom für die Zukunft.

Am 4. März sammeln wir darum gemeinsam unter dem Motto «Wir ergreifen Partei für die Zukunft». Bei der Kita-Initiative stehen wir im Endspurt. Nun braucht es alle von uns, und sei es nur für eine halbe Stunde. Melde dich darum bitte unter diesem Link:



## Zwischenerfolg I: Werden Nazisymbole verboten?

Hitlergruss und gelbe Sterne, Hakenkreuze und faschistische Parolen: Während der Pandemie wurde es unter gewissen Corona-Leugnern salonfähig, gemeinsam mit Nazis zu demonstrieren. Nationalrat Angelo Barrile und Nationalrätin Gabriela Suter lancierten darum zwei Vorstösse, die ein Verbot von Nazisymbolen im öffentlichen Raum forderten. Die Rechtskommission des Nationalrats behandelte die beiden Parlamentarischen Initiativen nun Mitte Januar und ist erstmals zum Schluss gekommen, gegen die Verwendung und Verbreitung von Nazisymbolen endlich entschlossener vorzugehen. Sie schlägt deshalb vor, ein Spezialgesetz zu schaffen, auf dessen Grundlage Verstösse geahndet werden können.

## Zwischenerfolg II: Nur Ja heisst Ja

In der Wintersession forderte der Nationalrat eine Neudefinition von Vergewaltigung nach dem Grundsatz «Nur Ja heisst Ja». Anders als der Ständerat schlägt er eine Gesetzesrevision vor, die einen effektiven Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ermöglicht. Der Ja-Grundsatz bedeutet, dass die sexuelle Integrität nicht mit einem Nein oder mit aktiver Gegenwehr geschützt werden muss, sondern dass sie per se als schützenswert eingestuft wird. Der Entscheid im Nationalrat ist ein grosser Erfolg für die mSP Frauen, wie auch für die unzähligen Aktivist:innen, Expert:innen und Betroffenen sexualisierter Gewalt, die seit Jahren für diese Gesetzesrevision kämpfen. Nun muss der Ständerat über die Bücher.



SERVICE PUBLIC

# Wir stärken, was die Schweiz stark macht

**Wir ergreifen Partei für den Service public. Damit ergreifen wir Partei für die Wirtschaft und die Gesellschaft – für uns alle. Denn es ist der Service public, der die Schweiz zusammenhält und zu dem macht, was sie ist. Und der für einen gewissen sozialen und regionalen Ausgleich sorgt.**

Wie viele öffentliche Dienstleistungen nutzt du an einem einzigen Tag? Wahrscheinlich Dutzende, vom Strom, der deine Nachttischlampe brennen lässt, über den Weg zur Kita und Arbeit bis hin zu den Nachrichten im Radio. In der Schweiz ist es fast unmöglich, dem Service public zu entgehen. Denn selbst auf dem hintersten Berg weist ein gelber Wegweiser zur nächsten Postautohaltestelle.

**Für Mensch und Wirtschaft**

Das Gesundheitswesen ist eine Dienstleistung, die wir alle so selten wie möglich in Anspruch nehmen. Wenn wir sie jedoch brauchen, ist sie unentbehrlich – sei es die Kinderärztin, der Psychologe oder das Spital. Der Staat spielt eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, dass uns diese Leistungen im Fall der Fälle zur Verfügung stehen. Der Service public besteht jedoch nicht nur aus dem fürsorgenden Staat. Der Service public bildet vor allem eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft, ja für eine funktionierende Gesellschaft schlechthin.

Der Beispiele sind viele: Der Verkehr ist auf Schiene und Strasse angewiesen. Ein Unternehmen funktioniert, solange der Zahlungsverkehr sicher gewährleistet ist. Die Firmen sind darauf angewiesen, dass die SBB die Angestellten an den Arbeitsplatz bringen und dass die Swisscom eine leistungsfähige Internetverbindung zur Verfügung stellt. Die Unternehmen können dank der öffentlichen Hand auf eine sichere Stromversorgung zählen. Und wenn Kund:innen mit Paketen oder Briefen beliefert werden müssen, bringt die Post diese in die abgelegensten Täler der Schweiz – überall zum gleichen Preis.

**Demokratisch kontrollierte Qualität**

Die demokratische Kontrolle über den Service public ist zentral, damit die Gesellschaft die erwähnten Aufgaben und Dienstleistungen mitgestalten und weiterentwickeln kann. Das Parlament wacht beispielsweise über Post und SBB und bestimmt die

Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung und Schulen.

Die Beispiele machen deutlich: Der Service public ist viel mehr als eine kostenlos beanspruchte und über Gebühren und Steuern finanzierte Dienstleistung. Dahinter stecken komplexe Systeme. Gemeinsam müssen wir entscheiden, wie wir diese Systeme finanzieren. Soll dies gemäss Verbrauch oder über Steuern geschehen, nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Konsument:innen oder über private und staatliche Kostenbeteiligungen? Diese Fragen müssen von der Politik diskutiert und beantwortet werden. Dabei muss die SP als Partei des Service public auf allen Staatsebenen ihre Sicht einbringen.

**Es bleibt ein ständiger Kampf**

Wir kämpfen für die Qualität, für eine ausreichende Finanzierung und für die demokratische Kontrolle des Service public. Die SP ist bekanntermaßen meistens in der Minderheit und drum auf Allianzen angewiesen. Wir setzen uns dabei laufend für Verbesserungen ein, denn selbst bei ausgezeichneten Angeboten besteht Verbesserungspotenzial. Wer auf einen Rollstuhl angewiesen ist und mit den SBB verreisen möchte, weiss davon ein Lied zu singen. Ein Ausbau ist nötig.

Auch wenn die Ansichten zur Finanzierung und Qualität des Service public mancherorts auseinandergehen – eines ist allen gemein: Der Service public ist der Versuch, unsere Grundbedürfnisse der Gewinnmaximierung durch privatwirtschaftliche Unternehmen zu entziehen. Die Dienstleistungen des Service public müssen für alle zugänglich und erschwinglich sein. Dies verbindet die Menschen und bildet den Kitt in unserer Gesellschaft. Hier kämpfen wir für Solidarität. Der Erfolg dieser solidarischen Anstrengung macht den Service public zu einer grossen zivilisatorischen Errungenschaft.

Selbst wenn wir hohe Qualitätsansprüche an Dienstleistungen durchsetzen können, ist noch lange nicht garantiert, dass diese auch erbracht werden. Manchmal teilen

Politiker:innen bis weit in die Mitte unsere hohen Ansprüche, sind aber trotzdem nicht bereit, dem Personal die dafür notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Dies obwohl alle wissen: Die Leistungen des Service public sind systemrelevant – oder um es korrekt auszudrücken: Es sind die Menschen, die dieses System tragen, die systemrelevant sind. Darum ist die gewerkschaftliche und politische Arbeit mit und für das Personal im öffentlichen Dienst entscheidend.

**In sozialdemokratischer Freundschaft**

Mit dem Service public ist es wie mit einem guten Freund oder einer guten Freundin: Selbst wenn man sich länger nicht gesehen hat, kann man sich fast bedingungslos auf ihn oder sie verlassen. Der Zug fährt pünktlich, die Post liegt im Briefkasten, die Schule findet statt. Doch Freundschaften muss man pflegen und stärken. Und genau darin besteht unsere politische Arbeit.



David Roth, Vizepräsident der SP Schweiz, Kantonsrat LU

**Jeder dritte Franken**

**Einer von drei Franken des Schweizer Bruttoinlandsprodukts wird durch oder mithilfe der öffentlichen Hand erwirtschaftet.**

**750 000**

**So viele Menschen verdienen ihr Brot bei der öffentlichen Hand, vorsichtig geschätzt. Es dürften mehr sein, denn der Service public umfasst mehr als die öffentliche Hand.**

**8 789 726 Personen und 600 000 Firmen**

**nutzen in der einen oder anderen Form den Service public in der Schweiz. Hinzu kommen noch Durchreisende und ausländische Firmen.**

# Steuerschulpfloch «Tonnage Tax»

**Am kommenden Parteitag legen wir den Schwerpunkt auf den Wahlkampf. Und wir widmen uns dem wichtigen Thema Steuerpolitik: Wir wollen die Grundlage für ein Referendum gegen die «Tonnage Tax» legen. Denn die Bürgerlichen haben immer noch nichts gelernt: Die Schaffung von Steuerschlupflöchern gehört nach wie vor zu ihrem Programm.**

Die Kaufkraft der Menschen ist unter Druck. Gleichzeitig explodieren die Gewinne der Konzerne und Grossaktionäre. Dies ist politisch so gewollt: Im Parlament sitzen zahlreiche Lobbyist:innen. Sie vertreten die multinationalen Konzerne, die Versicherungen und Krankenkassen, die Banken oder auch die Immobilienbranche. Das Nachsehen haben alle ohne Millionensalär. Nun will die bürgerliche Mehrheit ein weiteres Sonderrecht für einige wenige Konzerne einführen. Der Nationalrat hat in der Wintersession

Parteitag  
vom 25. Februar  
jetzt anmelden!

## PARTEITAG IM ZEICHEN DER KAUFKRAFT

Am Parteitag vom 25. Februar in Freiburg steht das Thema Kaufkraft im Zentrum. Wie diskutieren, wie wir die Kaufkraft stärken können, und entscheiden gemeinsam, welche Massnahmen wir priorisieren. Einerseits geht es um den Kampf für bezahlbare Mieten und gegen die schamlose Bereicherung der Immobilienlobby, andererseits um die Stärkung der Renten für alle und darum, dass die Finanzindustrie sich nicht länger an unseren Pensionskassen-Geldern bereichert. Weiter blicken wir mit prominenten Vertreterinnen auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2023. Und auch die Klimakrise hat nichts an Dringlichkeit verloren. Wir debattieren, wie wir den Schweizer Finanzplatz wirkungsvoll regulieren können. Es darf nicht sein, dass verantwortungslose Investitionen in Kohle und Öl die Krise weiter anheizen.

Hier geht es zur Anmeldung



beschlossen, dass er die sogenannte «Tonnage Tax» einführen will. Damit sollen Schifffahrtsunternehmen mit Sitz in der Schweiz nicht mehr nach ihrem Gewinn besteuert werden, sondern – wahlweise – nach ihren Transportkapazitäten. Die Konsequenz: Schifffahrtsunternehmen zahlen in Zukunft weniger Steuern, wovon insbesondere die mit ihnen eng verbundene Rohstoffbranche profitieren wird. Niemand weiss, welche finanziellen Auswirkungen das hätte: Die rechte Mehrheit hat es nicht für nötig gehalten, die Steuerausfälle zu kalkulieren. Wenn der Ständerat diesen Entscheid nicht korrigiert, ist für die SP klar, dass ein Referendum nötig ist.

### Steuerschulpfloch für Rohstoffmultis

Von der Tonnage Tax profitiert nicht nur die Schifffahrt, sondern vor allem auch die Skandalbranche der Rohstoffhändler und Rohstoffkonzerne. Diese verfügen in vielen Fällen auch über maritime Transportkapazitäten. In Zukunft werden die Rohstoffmultis deshalb versuchen, ihre Gewinne im Transportbereich aufzublasen, um vom neuen Sonderrecht zu profitieren. Das steht in krassem Widerspruch zur OECD-Mindeststeuer. Diese sieht vor, dass Gross-

konzerne mit einem Umsatz von über 750 Millionen Euro im Jahr künftig im Minimum 15 Prozent Gewinnsteuern zahlen. Die Tonnage Tax ermöglicht den Rohstoffmultis, diese Mindeststeuer zu umgehen, und schafft damit ein neues Steuerschlupfloch.

Der neue Steuertrick gilt jedoch bloss für Rohstoffkonzerne. Eine Bank etwa kann nicht entscheiden, ob sie lieber nach dem Volumen ihrer Tresore und Schliessfächer besteuert werden möchte oder nach ihrem Gewinn. Genauso wenig kann eine Privatperson wählen, ob sie lieber nach Einkommen oder nach Körpergrösse besteuert werden will. Genau diese fragwürdige Wahlmöglichkeit sieht die Tonnage Tax aber für Reedereien und Rohstoffmultis vor. Sie können in Zukunft Millionen von Franken an Steuern sparen, indem sie die Besteuerungsmethode wählen, die für sie am profitabelsten ist.

Hinzu kommt: Mit der Tonnage Tax wird ausgerechnet eine Branche privilegiert, für die Klima- und Umweltüberlegungen wenig Gewicht haben und wo Angestellte mit Dumpinglöhnen ausgebeutet werden. Die Einführung einer solchen Sondersteuer für eine einzelne Branche ist verfassungsrechtlich mehr als fragwürdig und klar abzulehnen.

Aus diesen Gründen erwartet die SP vom Parlament, dass es bei der weiteren Behandlung des Geschäfts von der Einführung der Tonnage Tax absieht und stattdessen die Kaufkraft der Bevölkerung stärkt. Ansonsten wird ein Referendum unumgänglich.



# Die Migros unter Druck

**Wo Migros draufsteht, ist nicht immer Migros drin: Wer bei Socar tankt oder im dazugehörigen Migrolino-Shop ein Schoggi-stängeli kauft, unterstützt direkt das korrupte Regime von Aserbaidschans Langzeitherrscher Ilham Alijew. Eine Gruppe von Schweizer Parlamentarier:innen um SP-Ständerat Carlo Sommaruga will diesen Geschäften ein Ende setzen.** Lea Trogrlic

Ohne seine gigantischen Erdöl- und Gasvorkommen wäre Aserbaidshan nie zu dem geworden, was es heute ist – eines der korruptesten Länder weltweit. Vier von fünf Dollar verdient der Staat mit dem Export von Mineralölprodukten. Dabei spielen der Erdölkonzern Socar und seine Schweizer Geschäfte eine bedeutende Rolle und tragen massgeblich zum Machterhalt des Autokraten Ilham Alijew bei: Ganze 77 Prozent seines weltweiten Umsatzes erwirtschaftete der Erdölkonzern in Staatsbesitz 2019 in der Schweiz.

Socars Geschäfte mit Treibstoff und den Verkaufshops werden in der Schweiz durch einen Franchising-Vertrag mit der Migros-Tochtergesellschaft Migrolino möglich. Das Geld der Schweizer Konsument:innen fliesst so in die Staatskasse von Diktator Ilham Alijew, der immer wieder durch Einschränkungen der Bürgerrechte und der Pressefreiheit sowie wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen im Konflikt mit Armenien in Berg-Karabach von sich reden machte.

## Taten statt Worte

Die Parlamentsmitglieder Stefan Müller-Altermatt (Mitte), Lisa Mazzone (Grüne) und Carlo Sommaruga

(SP) forderten die Migros darum in einem offenen Brief auf, die Partnerschaft mit Socar möglichst schnell zu beenden. Dies müsste auch der Detailhändlerin einleuchten: Gemäss eigenem Verhaltenskodex lehnt die Migros-Gruppe Bestechung und sonstige Korruption ab. Das muss für alle Geschäfte der Migros gelten.

Der offene Brief mit über 6000 Unterschriften wurde Ende Jahr übergeben, und es wurde ein Termin zum vertieften Dialog mit Migros ausgemacht (nach Redaktionsschluss). Doch noch ist nichts gewonnen: Wir müssen den Druck auf die Migros aufrechterhalten, sonst wird das autoritäre Regime in Aserbaidshan weiter von Schweizer Konsument:innen profitieren. Unterschreibe die Petition noch heute!

Hier kannst du unterschreiben



→ [migrolinotsocar.ch](https://migrolinotsocar.ch)



Islam Alijaj, körper- und sprachbehinderter SP-Gemeinderat der Stadt Zürich

## STAND PUNKT

### Partei ergreifen in der Behindertenpolitik

Die Deadline für alle Verkehrsbetriebe der Schweiz ist Ende 2023. Bis dann müssen alle Menschen mit Behinderung uneingeschränkter, barrierefreier Zugang zum ÖV haben. Die entsprechenden Vorgaben im Behindertengleichstellungsgesetz sind unmissverständlich. Gemäss Schätzungen dürften jedoch über 90 Prozent der Bushaltestellen Ende dieses Jahres nicht für alle barrierefrei zugänglich sein. Die Verkehrsbetriebe haben die letzten zehn Jahre wortwörtlich verschlafen. Die Umbauten, die nun im Eilzugtempo realisiert werden, sind teuer und werden von den Verantwortlichen und in den Medien als «Luxusversionen» bezeichnet. Trotz klaren Vorschriften müssen die Verantwortlichen nicht mit Konsequenzen rechnen, im Gegenteil. Denn die Forderungen von Menschen mit Behinderungen werden nicht ernst genug genommen, ja, Betroffene werden gar für die Missstände verantwortlich gemacht.

Auch bei der Diskussion über den Mangel an Lehrpersonen haben die Verantwortlichen und die Politik grundlegende Reformen im Bildungssystem versäumt. Immer häufiger heisst es nun, dass die inklusive Bildung für den Mangel an Lehrkräften mitverantwortlich sei. Die Integration von uns Menschen mit Behinderungen in die Regelschule bringe zu viele Anforderungen an die Lehrpersonen mit sich, die sie im Alltag nicht bewältigen könnten. Darum sei der Beruf unattraktiv. Kurz: Das Denkmuster wiederholt sich.

Wir müssen Behindertenpolitik endlich als gesamtgesellschaftlich relevanten Bereich anerkennen – und zwar auf allen Staatsebenen. Darum lancieren wir diesen Frühling die nationale Inklusionsinitiative. Unsere Forderungen sind klar: Wir wollen die Durchsetzung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung. Und wir verlangen Selbstbestimmung für eine unabhängige Lebensführung sowie den freien Zugang zur vollumfänglichen Assistenz.

Nur so können wir Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben und vor allem teilnehmen. Für die Behindertenbewegung wird das Jahr 2023 historisch werden.

# 2023: Wichtige Neuerungen im Erbrecht

**Im Erbrecht wurden mit dem Jahreswechsel die Pflichtteile angepasst. Das hat Auswirkungen auf die Anteile, die an Konkubinatspartner:innen, nahe Freund:innen oder Institutionen vererbt werden können.**



Marianne Ott,  
Rechtsanwältin,  
SP Winterthur

Das Erbrecht ist Teil des Zivilgesetzbuches von 1912 und hat sich seither nicht grundlegend verändert. Mit dem Partnerschaftsgesetz und der «Ehe für alle» wurden zwar endlich die erbrechtlichen Unterschiede zwischen hetero- und gleichgeschlechtlichen formalisierten Beziehungen abgeschafft. Anders stellt sich jedoch die Situation für Konkubinatspartner:innen jeglichen Geschlechts dar: Sie gelten erbrechtlich als aussenstehende Dritte, erben ohne testamentarische oder erbvertragliche Begünstigung gar nichts und haben in den meisten Kantonen Erbschaftssteuern wie Dritte zu bezahlen.

Im bisherigen Erbrecht hatte der Gedanke des ungeteilt zusammenzuhaltenden Familienvermögens ein enorm hohes Gewicht. Deshalb waren die Nachkommen mit hohen Pflichtteilen geschützt. Mit der am 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Revision wurden diese Pflichtteile reduziert und so den Einzelnen mehr Freiheiten eingeräumt, beispielsweise für Zuwendungen an Konkubinatspartner:innen, nahe Freund:innen oder Institutionen.

Konkret wurden die Pflichtteile in zwei in der Praxis sehr wichtigen Bereichen verringert: Neu sind die gesetzlichen Quoten der Nachkommen (Kinder oder Enkel) nur noch zur Hälfte geschützt, anstelle von drei Vierteln. Und der Pflichtteil für Eltern von kinderlos Verstorbenen wurde gestrichen.

## Mehr Freiheit

Reduzierte Pflichtteile bedeuten grössere freie Quoten und damit mehr Möglichkeiten, um etwa in Patchwork-Familien neue Partnerinnen oder Partner besser abzusichern oder um Kinder aus unterschiedlichen Beziehungen ausgeglichener zu begünstigen – unabhängig davon, wer in der neuen Beziehung zufälligerweise zuerst verstirbt.

Ebenso sind die Beträge grösser geworden, die man ausserhalb der Familie weitergeben kann, etwa an nicht-verwandte Freund:innen oder an Vereine, Stiftungen oder Parteien, deren Werthaltungen und Projekte man über den eigenen Tod hinaus unterstützen will. Wohltätige Institutionen und Parteien müssen in den meisten Kantonen keine Erbschaftsteuer bezahlen.

Ein wichtiger Tipp zum Schluss: Bestehende Testamente und Erbverträge sollten zirka alle fünf Jahre überprüft werden. Passen die Texte noch, oder verlangen Änderungen in Leben Anpassungen?



## WAS IST EIN PFLICHTTEIL?

Das Erbrecht definiert zuerst, welche Angehörigen welche Anteile des Nachlasses erhalten, wenn keine letztwillige Verfügung (Testament oder Erbvertrag) hinterlassen wurde. Diese Anteile heissen «gesetzliche Erbquoten». In einem nächsten Schritt wird festgelegt, dass nahen Angehörigen ein Teil ihrer gesetzlichen Erbquote auch durch Testament oder Erbvertrag nicht genommen werden darf. Dieser gesetzlich geschützte Anteil an gesetzlichen Erbquoten heisst «Pflichtteil». Der Pflichtteil der Nachkommen lag nach altem Recht bei drei Vierteln ihrer gesetzlichen Quote. Neu ist es nur noch die Hälfte. Der Pflichtteil für Eltern von kinderlos Verstorbenen ist ganz abgeschafft. Unverändert ist für Ehegatten die Hälfte ihrer gesetzlichen Quote pflichtteilsgeschützt.

## TESTAMENTSBROSCHÜRE AKTUALISIERT



Der Testament-Ratgeber der SP Schweiz ist den neuen Gegebenheiten angepasst. Übersichtlich und einfach erklären wir, wie du bei einem Testament vorgehen kannst und was alles

bedacht werden muss. Möchtest du mehr wissen oder gleich den Testament-Ratgeber «Werte weitergeben» bestellen? Regula-Sibylle Schweizer hilft dir unter der Nummer 031 329 69 87 oder [regula.schweizer@spschweiz.ch](mailto:regula.schweizer@spschweiz.ch) gerne weiter.





Im Gespräch, v. l. n. r.: Nadine Masshardt, Evi Allemann, Simonetta Sommaruga.

# Merci, Simonetta!

**Nach zwölf Jahren ist Simonetta Sommaruga Ende 2022 unerwartet aus dem Bundesrat zurückgetreten. Eine persönliche Würdigung der langjährigen Arbeit der Bernerin im Bundeshaus.**

Sie war immer da. Doch nun ist Bundesrätin Sommaruga auf einmal Vergangenheit. Sie ist jetzt einfach wieder Simonetta. Klar, das ist sie auch die ganze Zeit über in diesem hohen Amt geblieben, welches einem alles, aber auch wirklich alles abverlangt. Insbesondere im sicher anspruchsvollsten Moment ihrer Amtszeit, als die erste Bernerin in der Landesregierung sich dazu entschied, das Amt aufgrund eines familiären Schicksalsschlags früher als geplant niederzulegen. Simonetta hat sich in dieser Situation dafür entschieden, für ihren Mann und die Familie da zu sein.

Dass die Bundesrätin, Ständerätin, Nationalrätin, Gemeinderätin und Konsumentenschützerin einmal nicht mehr da sein würde: unvorstellbar. Dann musste sich Simonetta innert Tagen entscheiden, ist sich dabei treu geblieben und hat diesen schwierigen Beschluss schliesslich mit grosser Professionalität und vor allem auch mit Empathie durchgezogen. Das verdient besonders grossen Dank und Respekt.

Wie mir dürfte es darum vielen gehen. War doch die Politikerin Sommaruga immer schon da. Sie war beispielsweise eine der

ersten Personen, die ich als 19-Jährige mit Überzeugung wählen durfte. Auch mit meiner Stimme wurde die damals engagierte Nationalrätin und Konsumentenschützerin erste Berner SP-Ständerätin. Als ich in jener Zeit begann, mich selber politisch zu engagieren, war sie ebenfalls bereits da. Bei einer der ersten Begegnungen sagte mir Simonetta an einem Stand in Burgdorf dann den Satz, den ich nie vergessen werde: «Wahlkampf ist Erntezeit.» Merci, Simonetta, für deine Saat und auch für all deine eingefahrenen Ernten. Und ich freue mich bereits jetzt auf all die geschenkten Begegnungen im laufenden Wahljahr – mit Genossinnen, Wählern und der politischen Konkurrenz.

Die Politikerin Sommaruga hat aber auch Sätze gesagt wie: «Wenn man sich zu sehr schützt, bekommt man eine dicke Haut. Und das will ich nicht, ich möchte verletzlich bleiben.» Merci, Simonetta, für deine breiten Schultern. Und merci für deine Sensitivität und Empathie, die wir immer wieder spürten und die es in der Politik ebenfalls braucht.

Merci auch für all die unter der Bundeshauskuppel gegenseitig zugespielten «Bälle»,

Bedenken und Chancen. Und überhaupt merci für deine Offenheit und dein Interesse – an den Bürgerinnen vor dem Coop, den Genossen im Säali, an der Fraktion oder gegen teiligen politischen Ideen.

Deine grossen politischen Erfolge sind längst gewürdigt worden, ich brauche sie hier nicht nochmals aufzuzählen. Aber werden diese mit dir nun ebenfalls verschwinden? Ich hoffe nicht und bin mir sicher, dass deine riesige Arbeit sowie deine Art, Offenheit und Beharrlichkeit mit politischem Schaffen zu verbinden, uns noch lange Vorbild bleibt. Das hilft, den Verlust der Bundesrätin Sommaruga etwas zu verdauen. Eines verspreche ich dir: Wir bleiben dran und kämpfen weiter für die Gleichstellung, aber auch für den dringend nötigen Ausbau der einheimischen erneuerbaren Energien und für einen griffigen Klimaschutz.

Jetzt, wo du zum ersten Mal an einer Session oder in einer Kommissionssitzung fernbleibst, wird erst recht bewusst, was fehlt. Gleichzeitig lässt das aber auch erahnen, wie viel Zeit und Energie du nun hast für deinen neuen Lebensabschnitt. Ich wünsche dir, deinem Mann, deiner Familie von Herzen alles Gute!

Nadine Masshardt, Nationalrätin, Vize-Präsidentin der SP-Bundeshausfraktion, Präsidentin des Konsumentenschutzes und der Energie-Stiftung

JA ZU UNSERER INITIATIVE

# Mehr Wohnungen für alle statt für Airbnb

**In Luzern gibt es viel zu wenig Wohnungen. Trotzdem werden via Internet mehr als 300 Wohnungen überteuert als Business Apartments oder auf Airbnb angeboten. Diese Wohnungen sollen wieder Einheimischen zur Verfügung stehen. Darum müssen wir das Geschäft mit Kurzzeitvermietungen regulieren.**



Mario Stübi, Präsident Mieter:innen-Verband

Die Volksinitiative «Wohnraum schützen – Airbnb regulieren» von SP, JUSO, Mieter:innen- und Mieterverband und Casafair verlangt, dass Luzerner Wohnungen noch maximal 90 Tage pro Jahr auf Airbnb und Co. vermietet werden können. Das macht das Geschäftsmodell für gewerbliche Anbieter von Kurzzeitvermietungen unattraktiv, womit wieder Wohnungen frei würden für Luzerner:innen. Denn uns hier fehlt der Wohnraum: Derzeit liegt die Leerwohnungsziffer bei sehr tiefen 0,88 Prozent.

## Es trifft nur die kommerziellen Anbieter

Das Geschäft mit gewerblichen Kurzzeitvermietungen haben sich in der Stadt rund ein Dutzend kommerzielle Anbieter untereinan-

der aufgeteilt. Diese Firmen bieten mit Abstand am meisten Wohnungen auf Online-Plattformen an. Kleine Einzelanbieter, die nur ab und zu ihr Zimmer auf Airbnb stellen, sind zur Ausnahme geworden. Diese Angebote sollen auch weiterhin möglich sein. Was würde sich bei einem Ja zur Initiative ändern?

Was weiterhin möglich wäre:

- Die gewöhnliche Untermiete, wie sie das Mietrecht vorsieht, bleibt problemlos möglich. Denn mit einer Untermiete lässt sich per Gesetz keine übermässige Rendite erzielen. Wer also für ein Jahr auf Reisen geht und die Wohnung nicht aufgeben möchte, kann sie in dieser Zeit untervermieten.
- Wer eine Wohnung hat und diese aus finanziellen Interessen ab und zu an Touristinnen und Touristen vermieten möchte, kann das für insgesamt drei Monate pro Jahr tun. Wer dies nur mit einem Zimmer der Wohnung machen möchte, ist nicht an dieses Maximum gebunden und kann dies dauerhaft tun.

Was nicht mehr möglich wäre: Mieter:innen die Wohnung kündigen und diese danach

dauerhaft kurzzeitig an Personen vermieten, die keine Steuern in Luzern bezahlen.

## Nein zum Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag des Stadtparlaments ist nicht etwa eine abgeschwächte Version unserer Initiative, das entsprechende Reglement verschlimmert die Situation sogar. Damit würde der Boom von Airbnb staatlich legalisiert und das Monopol der aktiven Vermietungsfirmen geschützt. Konkret heisst das: Während zehn Jahren müsste keine Airbnb-Wohnung zurück in den normalen Mietwohnungsmarkt wechseln.

Pro Quartier gäbe es künftig eine Quote, die besagt, wie viele Häuser und Wohnungen dort noch in Kurzzeitunterkünfte umgewandelt werden dürften. Diese Quoten sind so hoch, dass ausser in der Innenstadt überall viel mehr solche Apartments erlaubt wären, als heute bestehen. Die Vermietungsfirmen hätten sogar einen rechtlichen Anspruch auf die Bewilligung solcher Angebote. Leerkündigungen und Verdrängung von Einheimischen bald auch im Bramberg, Reussbühl, Maihof und Tribtschen? Nein danke!

## Zurück zur ursprünglichen Sharing Economy

Wohnraum ist ein knappes Gut. Deshalb macht es auch Sinn, ihn möglichst effizient zu nutzen. Die Initiative will Sharing Economy nicht verbieten, sondern in ihrer ur-

sprünglich gedachten Form weiterhin zulassen. Das bedeutet Teilen ohne Profitmaximierung. Dazu braucht es ein Ja zur Initiative (auch bei der Stichfrage) und ein Nein zum Gegenvorschlag.

## VERANSTALTUNGEN IM RAHMEN DER KAMPAGNE

### FILMVORFÜHRUNG

#### Welcome Venice

von Andrea Segre, Italien 2022,  
99 Min., I/d

Mi, 8.2.23, 18.30 Uhr, Stattkino

Die Brüder Pietro und Alvisè sind sich uneins: Weiterhin die traditionelle, aber defizitäre Krabbenfischerei betreiben oder aus ihrer Liegenschaft in Venedig eine Airbnb-Unterkunft machen? Entwurzelung, Zukunftsängste, finanzielle Gelüste, Druck auf Einheimische – der zunehmende Einfluss des globalen Tourismus verändert die Beziehungen zwischen der Stadt und ihren Bewohner:innen.

### QUARTIERRUNDGÄNGE

#### Wo genau sind diese Airbnb? (Apartment-Hotspot Altstadt/Wey)

Do, 9.2.23, 18.30 bis 20 Uhr  
Treffpunkt: Luzerner Theater

#### Hier haben mal Luzerner:innen gewohnt (Apartment-Hotspot Hirschmatt/Neustadt)

So, 26.2.23, 18.30 bis 20 Uhr  
Treffpunkt: Luzerner Theater

#### Es breitet sich in die Quartiere aus (Apartment-Hotspots ausserhalb der Innenstadt)

Mo, 27.2.23, 18.30 bis 20 Uhr  
Treffpunkt: Stiftung Contenti  
(Gibraltarstrasse 14)

Details unter [www.diestadtpartei.ch](http://www.diestadtpartei.ch)

# Die SP Stadt Luzern begrüssst ihr 700. Mitglied

Im Dezember 2022 durfte die SP Stadt Luzern im Rahmen des alljährlichen Neumitgliederanlasses ihr 700. Mitglied in der Sektion begrüßen. Somit ist die Sektion Stadt Luzern im Jahr 2022 um weitere 44 Mitglieder gewachsen und konnte ihre Mitgliederzahlen seit 2015 mehr als verdoppeln. Parteipräsident Yannick Gauch hat das 700. Mitglied, Valeria Pliska, zum Interview getroffen.

Steckbrief:  
Valeria Pliska, 29 Jahre  
Mechanikerin und Studentin  
Maschinenbau

#### Yannick: Warum bist du der SP Stadt Luzern beigetreten?

Valeria: Soziale Gerechtigkeit hat mich schon immer interessiert und finde ich seit jeher ein sehr wichtiges Anliegen. Zudem haben mich während der Corona-Krise die vielen Falschaussagen von rechten Politiker:innen und Demonstrant:innen verärgert. Ausschlaggebend war für mich am Ende aber die verlorene AHV21-Abstimmung, die Erhöhung der Frauenrentenalters. Da wurde mir klar: Jetzt muss ich mich aktiv einbringen. Die SP war für mich dann die logische Wahl.

#### Stichwort logische Wahl: Wie würdest du einer Freundin erklären, weshalb es wichtig ist der SP beizutreten?

Wir müssen ein Zeichen für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung setzen. Sich im Team für seine politischen Anliegen einzusetzen, ist wirkungsvoller und macht mehr Spass, als allein die Faust im Sack zu machen. Zudem lernt man in der SP viele spannende Leute kennen und kann sich direkt einbringen und so die Politik mitgestalten.



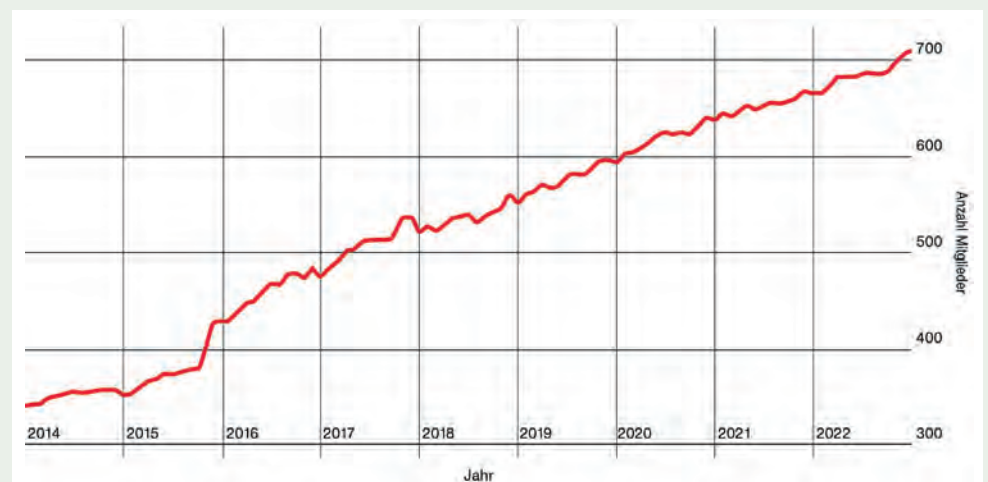
Vizepräsidentin Marta Lehmann übergibt Valeria Pliska Blumen und eine Auszeichnung als 700. Mitglied der SP Stadt Luzern.

setzen, ist wirkungsvoller und macht mehr Spass, als allein die Faust im Sack zu machen. Zudem lernt man in der SP viele spannende Leute kennen und kann sich direkt einbringen und so die Politik mitgestalten.

#### Was willst du in der Stadt Luzern verändern?

Ich möchte mich engagieren für bezahlbaren Wohnraum für alle, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und natürlich auch für endlich sichere Velowege!

### Statistik Mitgliederwachstum SP Stadt Luzern



Seit 2015 haben sich die Mitgliederzahlen der SP Stadt Luzern mehr als verdoppelt.



Am «Dreiländereck» treffen die Landesgrenzen mitten im Siedlungsgebiet aufeinander.

OBERRHEINRAT

# Das trinationale Parlament feiert sein 25-jähriges Bestehen

**Die internationalen Beziehungen sind hauptsächlich mit der Zusammenarbeit von nationalen Entscheidungsträger:innen assoziiert. Von Lebensrealitäten der einzelnen Grenzregionen sind diese jedoch oft weit weg. Im Oberrheinrat pflegen wir einen direkten Kontakt zu unseren Nachbar:innen zu Themen, bei denen eine lokale Zusammenarbeit für alle erstrebenswert ist. Jetzt feiert der Rat sein 25-jähriges Bestehen.**

Für den gemeinsamen Lebensraum im Dreiländereck zwischen der Schweiz, Deutschland und Frankreich ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unerlässlich, da Entscheidungen auf der einen Seite der Grenze oft praktische Auswirkungen auf die Menschen im Nachbarland haben. Als Forum für politischen Austausch arbeitet der Oberrheinrat daher seit 25 Jahren an einem engeren Zusammenwachsen der deutsch-französisch-schweizerischen Grenzregion.

## Der Oberrheinrat: eine gemeinsame politische Stimme für den Oberrhein

Der Oberrheinrat besteht aus 71 gewählten Vertreter:innen aus der Nordwestschweiz, Baden, dem Elsass und der Südpfalz (Parlamentmitglieder, Landrät:innen, Maires). In der elfköpfigen Schweizer Delegation sind die Kantonsparlamente von Baselland, Basel-Stadt, Aargau (je drei Sitze) sowie Solothurn und Jura



Christoph Hänggi, Landrat und Mitglied der Nordwestschweizer Delegation des Oberrheinrats



Christian von Wartburg, Grossrat und Vorsitzender der Nordwestschweizer Delegation des Oberrheinrats

(je ein Sitz) vertreten. Der Vorsitz der Nordwestschweizer Delegation liegt aktuell bei Basel-Stadt. Ziel des Oberrheinrats ist es, das politische Handeln im Grenzraum gegenseitig abzustimmen, grenzübergreifende Kontakte zwischen den Mitgliedern zu knüpfen und sich gemeinsam zu positionieren. Die thematischen Kommissionen des Oberrheinrats bieten eine ideale Plattform zur Diskussion von Themen, die den gesamten Oberrhein grenzüberschreitend betreffen: Grenzüberschreitende Verkehrsprojekte, die Stärkung der Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Integration des Wirtschaftsraums und Arbeitsmarkts sind nur ein Ausschnitt der behandelten Aspekte.

## Auf die Lebensrealität an der Grenze aufmerksam machen

Der Oberrheinrat kann Empfehlungen und Forderungen beschliessen,

die in Form von Resolutionen an die zuständigen lokalen, regionalen, kantonalen und nationalen Regierungen sowie andere Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die europäische Ebene gerichtet werden. Um die Interessen der Grenzregion insbesondere gegenüber Bern, Paris, Berlin und Brüssel zu vertreten, arbeitet der Oberrheinrat auch mit anderen Akteurinnen zusammen – etwa im Rahmen der Trinationalen Metropolregion Oberrhein. Wichtig bei dieser Arbeit ist der Netzwerkeffekt.

Die Entscheidungsträger:innen in den Hauptstädten sind oftmals weit weg von den Lebensrealitäten an der Grenze. Wir im Oberrheinrat kennen die Probleme unserer Nachbarn und können uns so gegenseitig unterstützen und damit auch in den Hauptstädten auf die lokalen Problemstellungen aufmerksam machen. Nicht zuletzt die Pandemie hat aufgezeigt, wie wichtig dieses Netzwerk im Ernstfall ist. Einerseits war trotz der geschlossenen Grenzen die Kommunikation mit den Nachbar:innen immer gegeben und andererseits gelangten die Grenzregionen mit einer einheitlichen Stimme an ihre jeweiligen Landesregierungen.



# Heute hier, morgen dort

Die Falken machen einen Zwischenstopp in der Stadt (v. l. n. r.): Helfer:in Josephine, Balduin und Kasimir.

**Die Roten Falken, die sozialistische Kinder- und Jugendorganisation, sind das linke Pendant zur Pfadi. Was macht die Roten Falken so besonders? Wir haben zum 100-jährigen Bestehen der Jugendorganisation bei den beiden Falken Kasimir (13) und Balduin (15) nachgefragt.** Interview: Pia Wildberger

## Wie seid ihr zu den Roten Falken gestossen?

**Balduin:** Unsere ältere Schwester war als Helfer:in bei den Roten Falken und hat uns vor sieben Jahren mitgenommen. Junge Erwachsene organisieren den Nachmittag und helfen, wenn es nötig ist, zum Beispiel den Kleinsten beim Kerzenziehen.

## Was unternimmt ihr mit den Roten Falken?

**Balduin:** Manchmal gehen wir in den Wald und machen Geländespiele. Räuber und Poli ist cool. Letzten Samstag sind wir Schlittschuhlaufen gegangen.

**Kasimir:** Gemeinsam in die Badi ist auch gut. Aber am besten gefällt mir die Nacht-Action. Das machen wir im Sommer in den Falkenferien, und es kann «gfürchig» sein. Früher hatte ich schon ein bisschen Angst. Aber jetzt kenne ich es besser.

## Was ist denn «gfürchig»?

**Kasimir:** Zum Beispiel, wenn jemand entführt wird. In den Falkenferien – das ist das Sommerlager – sind im Dunkeln schwarze Gestalten am Waldrand entlanggelaufen, das war unheimlich. Die Kleinen gingen mit den Helfer:innen ins Haus. Wir mussten dann in der Nacht das «gestohlene» Schoggi-Mousse suchen.

## Habt ihr einen Falken-Namen, wie es auch die Pfdinamen gibt, und eine Taufe?

**Kasimir:** Nein, wir haben keine anderen Namen. In den Ferien durften wir uns einen Namen aussuchen. Aber ich bleibe Kasimir. Es gibt bei uns keine Mutproben, das finde ich gut. Und auch keine Uniformen.

## Singt ihr Lieder?

**Balduin:** Ja, «Bella Ciao» und so, die «Internationale» etwas weniger. Gut gefällt mir «Heute hier, morgen dort».

## Worin besteht sonst der Unterschied zur Pfadi?

**Kasimir:** Das kann ich nicht sagen, ich war noch nie in der Pfadi. Wir sind vielleicht etwas freier und können mehr mitbestimmen.

**Balduin:** Zu Beginn der Falkenferien gibt es immer eine Vollversammlung, da dürfen alle mitreden. Und wir haben die Falkenversprechen.

## Was sind die Falkenversprechen?

**Balduin:** Das sind unsere Mottos. «Wir tragen Sorge zur Umwelt» und «Geld und Besitz sind nicht das Wichtigste im Leben». Das

sind meine beiden liebsten Falkenversprechen.

**Kasimir:** Und alle dürfen gleich viel sagen. An der Versammlung dürfen die Kinder gleichberechtigt mitreden. Und wir helfen einander.

## Seid ihr denn politisch?

**Kasimir:** Ich würde sagen, die Falken sind eher links.

**Balduin:** Manchmal ist Politik ein Thema in den Gesprächen untereinander. Am nächsten Falkenwochenende kommt jemand aus dem Iran und erzählt von der Situation dort. Das interessiert uns.

## Danke für eure Infos – und: Freundschaft! Viel Spass bei der nächsten Unternehmung.

Die Roten Falken in Bern suchen junge Erwachsene, die als Helfer:innen mit den «aufgestellten» Kindern Unternehmungen und Falkenferien organisieren. Interessiert? Melde dich noch heute unter [infos@bern.rotetfalken.ch](mailto:infos@bern.rotetfalken.ch)

Alles zu den Roten Falken:

→ [rotetfalken.ch](http://rotetfalken.ch)

## 100 JAHRE ROTE FALKEN



Zunächst in Wien, rasch aber auch in Deutschland und in der Schweiz verbreiteten sich vor 100 Jahren die Roten Falken. In der Schweiz ergriff Anny Klawa-Morf, eine der prominentesten Sozialdemokratinnen ihrer Zeit, die Initiative. Sie gründete in Bern die Organisation der Kinderfreunde, die Trägerorganisation der Roten Falken. Kurz darauf entstanden in Zürich, Basel und Burgdorf weitere Gruppen. Markenzeichen der Falkenbewegung waren die grossen Zeltlager, so genannte Kinderrepubliken. Diese waren ein Übungsfeld der demokratischen Erziehung gemäss sozialistischen Werten. Bis zu 3000 Kinder und Jugendliche organisierten sich in Lagerräten und Lagerparlamenten und gaben den Zeltlagern so ihre eigene Struktur. Dabei waren neben dem Lageralltag vor allem die Werte der Gleichheit und Gerechtigkeit ein Thema. Heute bestehen in Zürich und Bern Jugendgruppen, und in Biel bieten die Kinderfreunde umweltpädagogische Kinderlager an. Alle Kinder sind willkommen!

WAHLEN 2023

# Politik- finanzierung wird endlich transparent

**Letzten Herbst traten die neuen Bestimmungen über die Transparenz in der Politikfinanzierung in Kraft. Dass die Bürger:innen nun endlich erfahren, wer die politischen Akteur:innen finanziert, ist dem jahrelangen Engagement der SP zu verdanken.**

Dario Schai, Verantwortlicher Fundraising

Wenn die Stimmbevölkerung weiss, wer Parteien und Kampagnen mit Grossspenden unterstützt, dann stärkt das die Meinungsbildung. Bei den eidgenössischen Wahlen 2023 kommen die neuen Transparenz-Bestimmungen nun erstmals zur Anwendung. Dies rund zehn Jahre nachdem die SP mit den Vorbereitungen für die Transparenz-Initiative begonnen hatte.

Die bürgerlichen Parteien ahnten damals noch nicht, wie gross das Bedürfnis der Stimmbevölkerung nach Transparenz ist. Erst der 4. März 2018 läutete ein Umdenken ein. Damals nahmen die Stimmberechtigten in den Kantonen Freiburg und Schwyz je eine kantonale Transparenz-Initiative der JUSO an. 2020 folgte der Kanton Schaffhausen. Spätestens seit damals fürchteten sich die Bürgerlichen vor einer Abstimmung über die nationale Transparenz-Initiative.

In der Folge erarbeitete das Parlament einen griffigen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative. Im Herbst 2022 traten nun die neuen Bestimmungen in Kraft. Die Konsequenz: Parteien sowie Kampagnenführende für nationale Abstimmungen und Wahlen müssen ihre Finanzierung offenlegen. Diese Transparenzpflicht gilt erstmals für die nationalen Wahlen vom Oktober 2023.

Das sind die wichtigsten Neuerungen:

- Kampagnenführende müssen für Wahl- und Abstimmungskampagnen den Gesamtbetrag ihrer Einnahmen offenlegen, wenn sie mindestens 50 000 Franken aufwenden. Die in der Bundesversammlung vertretenen Parteien müssen zudem jährlich ihre Finanzierung transparent machen.
- Grossspenden von jährlich über 15 000 Franken müssen mit dem Namen der spendenden Person oder Firma offengelegt werden.
- Die Annahme von anonymen Spenden und Spenden aus dem Ausland ist verboten. Weiterhin erlaubt bleiben Spenden von Auslandschweizer:innen.

INHALTLICHE MITARBEIT BEI DER SP SCHWEIZ

# Die Themen- kommissionen

**Mit den neuen Statuten wurden auch Themenkommissionen ins Leben gerufen. Doch was sind sie genau? Co-Generalsekretärin Rebekka Wyler erklärt es hier kurz und bündig.**

Am Parteitag von Anfang Februar 2022 in Genf wurde der zweite Teil der grossangelegten Statutenrevision unserer Partei beschlossen. Dieser umfasst vor allem die neu geschaffenen Foren und den Übergang von den bisherigen «Fachkommissionen» zu den «Themenkommissionen». Die entsprechenden Artikel sind per 1. Juli 2022 in Kraft getreten. Am 7. Oktober 2022 hat der Parteirat die Reglemente für die Foren sowie für die Themenkommissionen beschlossen. Das Reglement für die Themenkommissionen wurde vorab einer breit angelegten Vernehmlassung bei allen bisherigen Fachkommissionspräsidien unterzogen.

Was sind nun genau diese Themenkommissionen? Die bisherigen Fachkommissionen begleiteten in erster Linie die parlamentarische Arbeit in Bundesbern. Ziel der neuen Themenkommissionen ist es, insbesondere die kantonale Ebene stärker einzubeziehen und die parteiinterne Partizipation zu stärken. Die Themenkommissionen sind als «Thinktanks» zu bestimmten Themen gedacht. Sie generieren über alle Staatsebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) politisches Wissen zu aktuellen Themen. Dieses wird der SP Schweiz, der Bundeshausfraktion, den Kantonalparteien und gegebenenfalls auch den Sektionen zur Verfügung gestellt. Themenkommissionen verfügen über ein Co-Präsidium, das sowohl die nationale wie auch die kantonale Ebene vertreten sollte. Die Mitgliedschaft in den Themenkommissionen steht allen SP-Mitgliedern offen. Es können auch spezifische Subkommissionen gegründet werden.

Der Übergang von den bisherigen Fach- zu den neuen Themenkommissionen ist nun seit Herbst im Gang. Einzelne Kommissionen haben bereits neue Mitglieder für die Leitung gefunden und begonnen,

die Kantonalparteien aktiv einzubeziehen, in anderen Kommissionen ist der Prozess noch im Gang. Das ist nachvollziehbar, denn der Buchstabe von Statuten und Reglement muss immer aktiv mit Leben gefüllt werden – von uns allen! Es freut uns, wenn viele Mitglieder bereit sind, ihre Erfahrung und Fachkompetenz in den Themenkommissionen einzubringen.

## Aktuelle Themenkommissionen

- Netz- und Datenpolitik
- Migration und Integration
- Wirtschaft und Finanzen
- Verkehr und Kommunikation
- Soziale Sicherheit und Gesundheit
- Umwelt, Energie und Raumplanung
- Frieden und Sicherheit
- Landwirtschaft
- Aussenpolitik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur

Ein Antrag auf die Bildung einer weiteren Themenkommission zu Wohn- und Bodenpolitik wurde im Parteirat angekündigt. Ebenso gibt es Überlegungen zur Gründung einer Themenkommission zur Frage des Wachstums.

## WIE KANN ICH MITMACHEN?

Wenn du dich für eine der genannten Kommissionen (bestehend oder in Gründung) interessierst, kannst du dich bei Rebekka Wyler ([rebekka.wyler@spschweiz.ch](mailto:rebekka.wyler@spschweiz.ch)) melden. Rebekka kann deine Fragen beantworten und dich an die zuständigen Fachsekretär:innen weiterleiten.

# Absichtserklärung für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaat im Kosovo

**Vergangene Woche unterzeichnete die Parteispitze der SP mit Albin Kurti, Präsident der kosovarischen Schwesterpartei Lëvizja Vetëvendosje! (LVV), eine Absichtserklärung für eine engere Zusammenarbeit der beiden Parteien und für soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit im Kosovo.**

Als der Kosovo im Februar 2008 seine Unabhängigkeit ausrief, gehörte die Schweiz zu den ersten Ländern weltweit, die den Kosovo als souveränen Staat anerkannten. Die damalige SP-Aussenministerin Micheline Calmy-Rey erkannte, dass ein unabhängiger Staat besser in der Lage sein würde, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu garantieren als ein Niemandland mit ungeklärtem Status. Der Beitrag der Schweiz zu Frieden, Sicherheit und



Fabian Molina, Nationalrat ZH, Leiter Parteiaussenpolitik

wirtschaftlicher Entwicklung auf dem Balkan wird auch deshalb bis heute geschätzt und als glaubwürdig betrachtet.

## Fortschritte

Seither ist viel geschehen: Zwar ist die junge Nation heute Beitrittskandidatin für die EU, die NATO und den Europarat und konnte unter der Führung von Premierminister Albin Kurti grosse Fortschritte im Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft verzeichnen. Dennoch beeinflussen die von Russland angeheizten Spannungen mit Serbien die Situation des Landes, was auch die wirtschaftliche Entwicklung hemmt.

In dieser Situation ist die Republik Kosovo weiterhin auf Unterstüt-

zung angewiesen. Am 19. Januar unterzeichneten Co-Präsident Cédric Wermuth und Premierminister Albin Kurti, Präsident der sozialdemokratischen Schwesterpartei Lëvizja Vetëvendosje!, in Zürich ein «Memorandum of Understanding» (Absichtserklärung). Wir verfolgen damit das Ziel, besonders in den Bereichen Bildung, nachhaltige Entwicklung, Wahlen und Aussenpolitik die Zusammenarbeit und den Austausch zu vertiefen. Angesprochen sind auch die über 200 000 Menschen mit kosovarischen Wurzeln in der Schweiz. Durch diese Intensivierung der langjährigen Zusammenarbeit will die SP Schweiz einen konkreten Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Frieden in der Region leisten.



Aleksandra Zdravković

Beim feierlichen Anlass zur Unterzeichnung der Absichtserklärung (v.l.n.r.): Albin Kurti, Cédric Wermuth, Micheline Calmy-Rey.



# Krummes Gemüse: Es zählen die inneren Werte

**Streetfood geht auch ohne Abfall und Lebensmittelverschwendung. Koch Pascal Brändle von der SP Männedorf hat am lokalen Weihnachtsmarkt gezeigt, wie das geht – und erst noch wahnsinnig gut schmeckt.** Pia Wildberger

Es herrschen eisige Temperaturen, als an einem Samstag im Advent die SP Männedorf ihren Food- und Info-Stand am lokalen Weihnachtsmarkt aufbaut. Die Feuerschale, die die Ortspartei neben ihrem Stand befeuert, kommt da wie gerufen. Bei einem feinen Glas Glühwein oder dem leckeren Risotto greifen Besucher:innen zu den ausgelegten Broschüren zum Thema Foodwaste. Das Thema ist Pascal Brändle ein Herzensanliegen. «Indem wir alle Nahrungsmittel verwerten, können wir alle etwas gegen den Klimawandel bewirken. Man muss es nur machen.»

Der gelernte Koch sorgt am Stand dafür, dass das Randenrisotto mit Baumrüben und die Gerstensuppe unglaublich gut schmecken und in wiederverwertbaren Gefässen Absatz finden. Das Gemüse hat er von der Solawi-Halde bezogen, einem alternativen Bauernhof aus der Gegend. Dort kommen auch dreibeinige Rüebli, riesige Kartoffeln oder kleine

Randenknollen in den Verkauf und verrotten nicht im Biogaswerk oder gar auf dem Feld.

## Was am meisten bringt

Bei den verwendeten Lebensmitteln handelt es sich um hochwertiges Gemüse. Denn beim Grünzeug zählen vor allem die inneren Werte, eine ungewöhnliche Form tut dem Geschmack keinen Abbruch. Landauf, landab sind darum in den vergangenen Jahren Initiativen wie die Solawi-Halde entstanden, die das «überschüssige» Gemüse verkaufen. Dennoch ist die Landwirtschaft gemäss Bauernverband für neun Prozent des hiesigen Foodwaste verantwortlich. Auf dem ganzen Weg vom Feld auf den Teller landet gar ein Drittel der Lebensmittel im Abfall. Das ist eine unglaubliche Ressourcenverschleuderung und angesichts des Hungers auf der Welt auch ethisch unhaltbar. Die Umweltbelastung durch Foodwaste entspricht der Hälfte

der Umweltbelastung, die der motorisierte Individualverkehr in der Schweiz verursacht.

Unter der Woche kocht Pascal Brändle als Arbeitsgoge mit mehreren Stellensuchenden in einer der grossen Kantinen der Stadt Zürich und sorgt dort dafür, dass keine Lebensmittel im Abfall landen. Die Klima-Küche fördert er mit vegetarischen Angeboten. Was ist ihm in der Klima-Küche am wichtigsten? «Das, was am meisten bringt», sagt er knapp. «Das heisst: wenig bis kein Fleisch», fügt er erklärend hinzu. Selbst isst er darum meistens vegetarisch. «Aber vor allem, weil das Gemüse gut schmeckt!» Wer das Randen-Risotto verkostet hat, glaubt es sofort.

Mehr dazu: → [foodwaste.ch](https://www.foodwaste.ch)  
→ [savefood.ch](https://www.savefood.ch)

*Willst du am 1.-Mai-Stand deiner Sektion ein Foodwaste-Menü auftischen? Mit etwas Planung und Internet-Suche finden sich auch in deiner Region Anbieter:innen von Foodwaste-Gemüse. Viele bieten auch ein Gemüse-Abo an.*



## Randenrisotto mit Wasabi, Portulak und Baumnüssen

Rezept für 4 Personen

### Zutaten

- 400 g rote Randen (roh)
- 1 Zwiebel
- 2 Knoblauchzehen
- 1 dl Weisswein
- 300 g Risottoreis
- 900 g Gemüsebouillon (aus dem Kochwasser der Randen)
- 30 g Wasabipaste
- 100 g Parmesan gerieben
- 50 g Butter
- Salz, Pfeffer
- 150 g Baumnüsse, im Ofen geröstet
- 70 g Portulak, gewaschen (Wintersalat)
- etwas Balsamico-Crème

### Zubereitung

1. Rohe Randen schälen, in kleine Würfel schneiden und im Wasser 7 bis 10 Minuten weichkochen, beiseitestellen. Das Randen-Kochwasser mit Gemüsebouillon abschmecken und ebenfalls beiseitestellen.
2. Baumnüsse auf ein Backpapier geben und bei 180 Grad 10 Minuten im Ofen rösten. Beiseitestellen. Portulak waschen.
3. Zwiebeln und Knoblauch hacken und in einer grossen Pfanne andünsten, Risottoreis dazugeben und mitdünsten. Mit Weisswein ablöschen und mit dem Gemüsebouillon-Kochwasser auffüllen. Den Risotto leicht köcheln lassen, rühren, bis der Reis die Flüssigkeit fast aufgesogen hat. Randen, Butter, Parmesan und Wasabi beigeben und mit Salz und Pfeffer abschmecken.
4. Den Risotto auf einen Teller anrichten, mit den gerösteten Baumnüssen bestreuen und Portulak darauf geben. Zum Schluss etwas Balsamico-Crème grosszügig über den Portulak verteilen. En Guete!

## DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Essen ist politisch. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein Teil der Ernte im Abfall. Am meisten Food-Waste fällt in Privathaushalten an.

Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir kochen, damit wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss reduzieren? Renommierete Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

## JUBILÄUM

# 75 Jahre Gewerkschaftsschule

**Wie wird man professionelle:r Gewerkschaftsfunktionär:in? Seit 75 Jahren führt die ehemalige Arbeiterschule entsprechende Kurse durch. Und seit 2010 führt der Lehrgang sogar zu einem eidgenössischen Fachausweis.**

Die Geschichte der Gewerkschaftsschule in der Schweiz begann 1946, als die Schweizerische Arbeiterschule mithilfe von zwei Schenkungen von Max Weber gegründet werden konnte. Sie bot zunächst einen siebenwöchigen Lehrgang für gewerkschaftliche Funktionäre und Vertrauensleute an. Die Gründung erfolgte zu einer Zeit, in der die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften stark anstiegen. Es gab damals ein grosses Bedürfnis nach Ausbildung für die Funktionäre, da die meisten selber Arbeiter waren und direkt von der Werkbank ins Büro der Gewerkschaft wechselten. Die Arbeiterschule bot eine solide, von anerkannten Fachleuten vermittelte Grundbildung in Volkswirtschaft, Recht, Sozialpolitik und Sozialversicherungen sowie zur Geschichte, Struktur und Organisation der Arbeiterbewegung.

Die Vorgeschichte der Arbeiterschule reicht weiter zurück. Bereits in den Anfängen der Arbeiterorganisationen in der Schweiz spielte Bildung eine zentrale Rolle. Ende des 19. Jahrhunderts waren der Gewerkschaftsbund und die Sozialdemokratische Partei die wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung, die sich für die Arbeiterbildung einsetzten und 1912 die Arbeiterbildungszentrale gründeten. Auf lokaler Ebene, in den Kantonen und landesweit koordinierten Arbeiterbildungsausschüsse die Bildungsarbeit. Doch bis 1946 gab es in der Schweiz keine systematische Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre an einer eigentlichen «Arbeiterhochschule».

### Kaderschmiede der Gewerkschaften

Mit der Gründung der Arbeiterschule im Jahr 1946 wurde diese Lücke zumindest teilweise geschlossen. Die neue Schule blieb auch in den folgenden Jahrzehnten das wichtigste Instrument der gewerkschaftlichen Kaderschulung und bietet bis heute den Lehrgang zur eidgenössisch diplomierten Gewerkschaftssekretär:in an.

Nun feierte die Gewerkschaftsschule letztes Jahr coronabedingt verspätet ihr Jubiläum und blickte auf ihre erfolgreiche Geschichte zur Förderung der Arbeiterbewegung in der Schweiz zurück. Heute werden die zweijährigen eidgenössischen Lehrgänge über das gewerkschaftliche Bildungsinstitut Movendo angeboten.



Zum Jubiläum wurde eine sehenswerte Website mit vielen Hintergrundinformationen und Bildern aufgeschaltet:

→ [arbeiterschule.ch/wsp/de/zeitreise/](https://arbeiterschule.ch/wsp/de/zeitreise/)

## 5

Fragen an  
**Sara Gilli**

39, Menznau LU

**Warum bist du der SP beigetreten?**

Ich wurde angefragt, ob ich für die SP für den Luzerner Kantonsrat kandidieren wolle. Aber das Gedankengut und die Werte der SP sind mir natürlich schon länger vertraut.

**Was hat dich bewogen, gleich mit Vollgas einzusteigen?**

Politik hat mich schon immer interessiert. Die Anfrage bestärkte mich sehr, denn ich stellte zum ersten Mal fest, dass einem das Amt zugetraut wird. Ich finde es wichtig, dass Leute Politik machen und die Gesellschaft mitgestalten. Und das sollten natürlich Leute sein, die unsere Werte vertreten – der Kanton Luzern ist ja sehr bürgerlich geprägt.

**Menznau hat 3000 Einwohner:innen. Du und dein Mann sind die einzigen SP-Mitglieder. Ist das im Alltag spürbar?**

Vielleicht ist das ein Grund, warum ich mich politisch lange nicht «geoutet» habe. Ich bin hier aufgewachsen, und ich weiss, dass die meisten Leute hier eher bürgerlich ticken. Aber ich mag diese Leute. Auch wenn ich weiss, dass sie in anderen Parteien sind, verstehe ich mich mit vielen gut. Vielleicht ist es auch eine Altersfrage. Als Jugendliche machte mich mein konservatives Umfeld manchmal sehr wütend, und ich hätte mich nicht getraut, der SP beizutreten. Heute denke ich, dass die Leute einen Unterschied machen zwischen der politischen Meinung und dem Menschen. Die Rückmeldungen auf meine Kandidatur waren bis jetzt positiv.

**Wo möchtest du im Kantonsrat Schwerpunkte setzen?**

Wichtig sind für mich die sozialen Themen. Als gelernte Sozialarbeiterin sehe ich da am meisten hinter die Kulissen. Im Bereich soziale Sicherheit gibt es noch einiges zu tun, zum Beispiel bei der flächendeckenden Professionalisierung der Sozialhilfe oder bei zahlbaren Krankenkassenprämien für alle. Auch die Chancengleichheit ist mir sehr wichtig. Ich sehe bei meinen Kindern in der Schule, dass nicht alle dieselben Startbedingungen haben. Oder auch im Justizvollzug – ich arbeite als Sozialarbeiterin in der Vollzugsanstalt Wauwilermoos. Auch beim Klimaschutz muss politisch etwas geschehen. Ebenso ist mir wichtig, wie politisiert wird – dass wir einander zuhören und den Fokus auf das Gemeinsame legen.

**Was erwartest du von der Partei?**

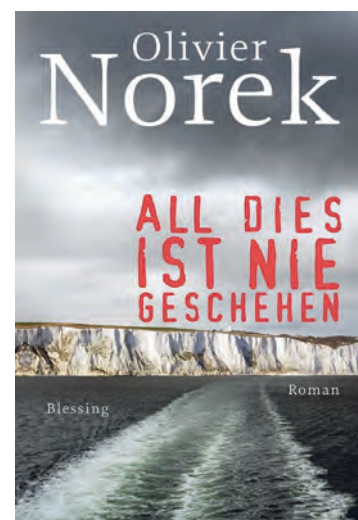
Weiter so! Die SP soll sich weiter für soziale Themen einsetzen, auf verschiedenen Ebenen aktiv sein und die Leute unterstützen, die sich für die soziale Gerechtigkeit und den Klimaschutz einsetzen.

## BUCHBESPRECHUNG

**All dies ist nie geschehen**

Das Thema Migration beschäftigt uns und wird uns bestimmt noch lange beschäftigen – zunächst sicher politisch. Nach der Lektüre dieses Kriminalromans jedoch auch in unseren Träumen. Ort der Verbrechen in «All dies ist nie geschehen» ist das Flüchtlingslager von Calais, der rechtsfreie «Dschungel» im Norden Frankreichs, wo Tausende Geflüchtete unter elenden Umständen hoffen, über den Ärmelkanal nach Grossbritannien zu gelangen. So auch der syrische Polizist Adam Sarkis, der vor den Schergen Assads flüchtete und im Lager verzweifelt seine Frau und die kleine Tochter sucht. Um nicht wie viele andere im Lager verdrückt zu werden, nimmt er sich eines sudanesischen Kindes an, das alleine auf der Flucht der allgegenwärtigen Gewalt ausgesetzt ist. Dabei unterstützt ihn der französische Polizist Bastien Miller, der erhebliche Risiken eingeht und sogar seine Kollegen überzeugt, seine illegalen Bemühungen zu unterstützen. Die Mordfälle im «Dschungel» bleiben derweil ungelöst – oder doch nicht? Das «Happy End» ist bisweilen zum Greifen nah, nur um zwei Grenzkontrollen später wieder im Nebel zwischen Calais und Dover zu versinken.

Der Roman von Olivier Norek basiert auf wahren Gegebenheiten – das Grauen erhält in Calais einen Namen. Der preisgekrönte Kriminalroman liest sich spannend und überrascht immer wieder, ist er doch über weite Strecken aus der Perspektive der Geflüchteten erzählt. Der Autor ergreift sympathisch Partei und vermittelt Verständnis für Geflüchtete. Empfehlung: Ein freies Wochenende einplanen und lesen. Und mit Freund:innen darüber reden.



Olivier Norek, *All dies ist nie geschehen*, Verlag Blessing, erhältlich online oder in deiner Lieblingsbuchhandlung.

# MOVENDO

## Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Einführungskurs Doppelte Buchhaltung

D1.8.2310

30.–31. März 2023, Interlaken  
Was ist doppelte Buchhaltung? Warum braucht es sie? Wie funktioniert sie? Kassierinnen und Kassiere von Vereinen, Gruppen und Sektionen lernen in diesem Kurs die theoretischen Grundlagen der doppelten Buchhaltung. In praktischen Übungen vertiefen sie das Gelernte. So wird unter anderem die Musterbuchhaltung eines Vereins von der Eröffnung bis zum Abschluss durchgespielt.

### Protokollführung

D1.8.2307

3.–4. April 2023, Sigriswil  
Das Protokoll dient nicht nur der Information und Kontrolle, es ist auch ein wichtiges Führungsinstrument. Wer Protokolle liest, geht besser vorbereitet an die nächste Sitzung. Protokollführung ist anspruchsvoll. Die Teilnehmenden lernen, die wesentlichen Aussagen und Entscheidungen laufend schriftlich festzuhalten.

### Erwerbsarbeit und Renten aus Frauensicht

D2.3.2307

4. Mai 2023, Zürich  
Frauen unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und arbeiten oft Teilzeit, beides in erster Linie aus familiären Gründen. Auch der immer noch grosse Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern wirkt sich bei den Rentenleistungen schmerzhaft aus. Frauen leisten in der Schweiz jährlich 160 Mio. Stunden unbezahlte Arbeit für die Betreuung von Angehörigen. Die Arbeit vieler Frauen führt heute deshalb zu unwürdig tiefen Renten, die nicht zum Leben reichen. Dieser Kurs setzt sich mit den Themen der aktuellen politischen Diskussionen auseinander und zeigt die gewerkschaftlichen Strategien auf.

### Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten

D1.9.2301

8.–9. Mai 2023, Bern  
Die Vertretung der Arbeitnehmenden in den Pensionskassen ist eine grosse Herausforderung und beinhaltet viel Verantwortung und Einflussmöglichkeiten. Der Basiskurs vermittelt die wichtigsten Grundlagen für diese Aufgabe.

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Susanna Leutenegger ([susanna.leutenegger@spschweiz.ch](mailto:susanna.leutenegger@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

## AGENDA 2023

7. und 21. FEBRUAR  
Webinar zum Klimaschutz-Gesetz

25. FEBRUAR  
Parteitag in Freiburg

6. MÄRZ  
Energietammtisch  
der SP Frauen, Bern

18. MÄRZ  
Mitgliederversammlung SP queer,  
Freiburg

24. MÄRZ  
Parteiratssitzung in Olten

25. MÄRZ  
Mitgliederversammlung  
der SP Frauen, Bern

1. APRIL  
Jahreskonferenz der  
SP Migrant:innen, Bern

5. APRIL  
Webinar zur Partizipation  
auf Gemeindeebene

25. APRIL  
Sektionskonferenz der SP Frauen,  
online

**Aktuelle Infos unter**  
[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)



### Stadtrundgang «ZH Kolonial» über die kolonialen

#### Verwicklungen Zürichs

Rundgang mit dem Fokus  
«Wirtschaftliche Ausbeutung  
und Kolonialismus»:

Sonntag, 19. März, 14 Uhr

Samstag, 13. Mai, 14 Uhr

Samstag, 10. Juni, 14 Uhr

Rundgang mit dem Fokus  
«Wissenschaft, Kultur und  
Kolonialismus»:

Sonntag, 19. März, 14 Uhr

Samstag, 13. Mai, 14 Uhr

Samstag, 10. Juni, 14 Uhr

Anmeldung unter: [www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial](http://www.anny-klawa-morf.ch/zh-kolonial)

### Populismusemheiten in der Demokratie

Im Gespräch diskutieren  
Natascha Strobl, Expertin für  
Rechtsextremismus, und Damir  
Skenderovic, Professor für  
Zeitgeschichte an der Universität  
Freiburg, über die Auswirkungen  
des Populismus für die Demo-  
kratie. Moderiert von Kaspar  
Surber (WOZ).

Donnerstag, 23. März 2023,

18.30 Uhr, kHaus, Turmzimmer,  
Basel

### Renaissance des Sozial- liberalismus?

Gab es je eine sozialliberale

Bewegung in der Schweiz und  
könnte diese mit Blick auf Her-  
ausforderungen in der Bildungs-  
politik oder der Digitalisierung  
eine Renaissance erleben? Nach  
einem Vortrag von Urs Bieri,  
Co-Geschäftsführer von gfs.  
bern, diskutieren Anita Fetz  
(alt Ständerätin SP) und René  
Rhinow (alt Ständerat FDP) über  
Unwägbarkeiten und Potenziale  
einer möglichen sozialliberalen  
Kooperation. Moderation:  
Philipp Loser (Tagesanzeiger)  
Mittwoch, 26. April, 19 Uhr,  
Cheesmeyer, Sissach

### Faktenleugner:innen und die Demokratie

Ausgehend von Ken Jepsens  
berühmtem Fall und dem  
preisgekrönten Podcast «Cui  
Bono: WTF happened to Ken  
Jepsen?» fragen wir nach den

Zusammenhängen zwischen  
zunehmend umstrittenen Fakten,  
dem Einfluss der sozialen Medien  
und dem Erfolg von Verschwö-  
rungsideologien. Das Publikum  
diskutiert mit Tobias Bauckhage  
(Mitproduzent des Podcasts) und  
Marko Kovic (Publizist).

Mittwoch, 24. Mai, 18.30 Uhr,  
Kantonsbibliothek, Liestal



Anmeldung unter  
[www.anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen](http://www.anny-klawa-morf.ch/veranstaltungen)  
oder per Mail an  
[info@anny-klawa-morf.ch](mailto:info@anny-klawa-morf.ch)

# Gleichstellung braucht Kita- Plätze



**Am 4. März im Endspurt  
sammeln – jetzt anmelden!**